

Reutlinger Nachrichten

ZEITUNG FÜR STADT UND KREIS REUTLINGEN · PFULLINGER ZEITUNG

Donnerstag, 14. Januar 2021 · 2,10 €

Im Verbund der

SÜDWEST PRESSE

Stadt & Region



Heimunterricht: Eine Flatrate auf Frust

Reutlingen. Überlastete Server, begrenztes Datenvolumen, langsame Verbindungen: Das Homeschooling offenbart viele Probleme der rückständigen Digitalisierung.

Lokales Seite 15

Opel prallt in einen Bus und gegen eine Mauer

Reutlingen. Weil eine 46-jährige Frau ihr Auto auf abschüssiger Straße nicht gegen Wegrollen gesichert hat, entstand bei einem Unfall ein hoher Sachschaden.

Lokales Seite 15

Stadt und Gemeinderat in Unkenntnis gelassen

Pfullingen. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand wurde Michael Schrenk gestern offiziell verabschiedet. Sein Stellvertreter Martin Fink äußerte sich im Gemeinderat.

Lokales Seite 16



Alle News zu jeder Zeit gibt es auf dem Nachrichtenportal **swp.de** und den sozialen Kanälen **Facebook** und **Instagram**. Der Südwesten auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

Das Wetter

im Südwesten



2|-5 Heute
-4|-6 Freitag
-3|-8 Samstag

So erreichen Sie uns:
Hotline für Zustellung und Aboservice: 07121 9302-47
muv.vertrieb@swp.de

Privater Kleinanzeigenservice
07121 9302-0
Redaktion 07121 9302-0 / -11
rn.redaktion@swp.de
Anzeigen 07121 9302-30 / -31
anz-reutlingen@swp.de

72764 Reutlingen, Albstraße 4
Nummer 10 · 73. Jahrgang · E 5841 A



4 195158 702107

Nickerchen für die Demokratie



Nationalgardisten ruhen sich in der Rotunda des US-Kapitols aus. Eine Woche nach dem Sturm des Kapitols sollen sie weitere Angriffe durch

Trump-Anhänger verhindern. Der abgewählte US-Präsident muss sich einem zweiten Amtsenthebungsverfahren stellen. Das Repräsentanten-

haus stimmte am Mittwoch mehrheitlich dafür, dass sich Trump im Senat wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ verantworten muss. *Foto: Saul Loeb/afp*

Bürger befürchten Anstieg von Arbeitslosigkeit und Pleiten

Umfrage Mehrheit der Baden-Württemberger schätzt wirtschaftliche Perspektiven kritisch ein. Geteilte Meinung über Kretschmanns Engagement. *Von Roland Muschel*

Verödete Innenstädte, viele Firmenpleiten, steigende Arbeitslosenzahlen: Eine Mehrheit der Bürger im Land sieht dem neuen Jahr mit ausgeprägten Befürchtungen oder zumindest skeptisch entgegen. Das ist das Ergebnis der gemeinsamen Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, dem BaWü-Check, zur wirtschaftlichen Lage und Perspektive.

Danach schätzen zwar 57 Prozent der Baden-Württemberger die wirtschaftliche Lage des Landes positiv ein. Für die

nächsten Monate rechnet aber eine große Mehrheit mit steigenden Arbeitslosenzahlen. 56 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass viele Unternehmen und Selbstständige im Südwesten infolge der Corona-Krise ihren Betrieb aufgeben müssen. 70 Prozent erwarten, dass die Innenstädte durch Insolvenzen von Geschäften, Restaurants und Cafés zumindest vorübergehend an Attraktivität verlieren werden. 40 Prozent befürchten sogar

eine dauerhafte Verödung der Innenstädte.

Bei der Bewertung des Einsatzes von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für die Belange der Wirtschaft ist das Bild gespalten: 39 Prozent haben den Eindruck, Kretschmann setze sich ausreichend ein, 38 Prozent finden, er müsste mehr tun.

Nicht nur die aktuelle Krise verunsichert die Bürger, viele sehen das Land für den generellen Strukturwandel schlecht ge-



Strobl will FFP2-Pflicht im Südwesten

Coronavirus Baden-Württembergs Innenminister sieht Vorteile durch bessere Masken.

Stuttgart. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl hat sich für eine verschärfte Maskenpflicht auch im Südwesten ausgesprochen. „FFP2-Masken sind schon eine stark infektionsschützende Maßnahme. Da haben wir Luft nach oben“, sagte der CDU-Politiker der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart. Er reagierte damit auf den Beschluss in Bayern, wonach

das Tragen von FFP2-Masken im öffentlichen Nahverkehr und im Einzelhandel von Montag an Pflicht ist.

Strobl setzt allerdings etwas andere Prioritäten: „Zunächst sollten in Pflegeheimen und medizinischen Einrichtungen nur noch FFP2-Masken getragen werden“, sagte der Innenminister. Die Pflicht sollte auch Besucher und Patienten umfassen.

Da reiche eine herkömmliche Mund-Nase-Bedeckung aus Stoff nicht mehr aus.

Zuvor hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann gesagt, eine Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken im Nahverkehr und beim Einkaufen wie in Bayern stehe im Südwesten derzeit nicht zur Debatte.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kündigte

gestern an, dass der Freistaat 2,5 Millionen FFP2-Schutzmasken für Bedürftige kostenlos zur Verfügung stellen werde.

Damit will die Staatsregierung Härten abfedern, wenn von Montag an für Menschen ab 15 Jahren eine FFP2-Maskenpflicht im gesamten öffentlichen Nahverkehr und beim Einkaufen gilt.

Themen des Tages Seite 2

Kommentar

Hajo Zenker
zur Debatte im
Bundestag



Corona und Klein-Klein

Dass es immer schwieriger wird, die Corona-Maßnahmen trotz der hohen Todeszahlen und der Gefahr durch die Mutationen durchzuhalten, liegt nicht nur an der Ermüdung der Bevölkerung. Es liegt auch an der Politik, die sich zunehmend in den Wahlkampfmodus begibt. Die Bundestagsdebatte war ein beredtes Beispiel dafür. Da gab es FDP, Linke und AfD, die angeblich schon immer alles besser gewusst hatten und deshalb scharf mit der Bundesregierung ins Gericht gingen. Und da gab es die SPD, die plötzlich vieles besser weiß, obwohl sie in all der Zeit am Kabinettstisch gesessen hat.

Natürlich sind in der Corona-Bekämpfung Fehler gemacht worden. Aber auch wenn man etwa Zweifel an der Aussage von Jens Spahn haben kann, bis zum Sommer könne jeder, der das wolle, geimpft werden – irgendwann im Laufe dieses Jahres wird das sicher so sein. Das Impfen kann uns aus der Pandemie holen. Bis dahin macht es Sinn, dass man sich nicht im Klein-Klein verhakht, sondern in einer gemeinsamen Kraftanstrengung durchhält. Bis sich nach dem Ende von Corona das übliche Parteienhickhack wieder voll entfalten kann.

Spahn will mehr Tempo

Pandemie Impfungen sollen bald besser laufen, beteuert der Minister.

Berlin. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat nach Kritik am Start der Corona-Impfungen in Deutschland schrittweise mehr Tempo zugesichert und wirbt für eine breite Impfbereitschaft. „Diese größte Impfkation unserer Geschichte ist eine Gemeinschaftsaufgabe“, sagte er im Bundestag. Er räumte Verbesserungsbedarf ein, verteidigte aber die europäische Beschaffung des Impfstoffs. Unterdessen versprach Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) 10 000 Soldaten zur Unterstützung der Altenheime. *dpa*

Kommentar

Schwimmen oder untergehen

Seekühe haben schon immer die Fantasie der Menschen angeregt. Viele sahen in den doch eher plumpen Meeressäugern Fischgötter, Sirenen oder Nixen. Auch versuchte sich der Homo sapiens recht erfolgreich an der Ausrottung der schwimmenden Verwandten des Elefanten. Aber noch nie kam jemand auf die Idee, die überlebenden friedlichen Pflanzenfresser als Werbefläche für politische Botschaften zu missbrauchen.

In Florida wurde genau dieser Frevel begangen. „Trump“. Ein einziges Wort, ein Name,

der als Drohung verstanden werden kann, wurde einer Seekuh tierquälerisch eingeritzt. Nun ermitteln die US-Tierschutzbehörden. Und hoffentlich auch das FBI. Denn spätestens, nachdem marodierende Zweibeiner mit Büffelhörnern auf dem Kopf das Kapitol entweihten, wissen wir, wozu die Anhängerschaft der noch amtierenden Orange in der Lage und bereit ist. Was kommt wohl als nächstes? Eisbären mit Trump-Frisuren? Auf Demokratenjagd



abgerichtete Haie und Wölfe? Oder geht es nur darum, Zeichen zu setzen, die die Präsidentschaft des Golfspielers überdauern? Aber ist eine Seekuh die richtige Projektionsfläche? Wäre es nicht besser, den größten Organismus der Welt (nach Trump), also den 9 Quadratkilometer großen Hallimasch für die Trump-Werbung einzusetzen? Der Pilz tummelt sich vor allem unterirdisch. Und das passt nun wirklich zum künftigen Ex-Präsidenten. *André Bochow*

Kreml-Kritiker Nawalny fliegt nach Russland

Moskau. Der nach einem Giftanschlag in Deutschland behandelte russische Oppositionelle Alexej Nawalny will am Sonntag nach Russland zurückkehren. Er habe für den 17. Januar ein Ticket für einen Flug nach Russland gebucht, erklärte Nawalny auf Instagram. Auf den Kreml-Kritiker war im August in Sibirien mit einem Nervengift aus der Nowitschok-Gruppe ein Anschlag verübt worden. Danach wurde er in der Berliner Charité behandelt. *afp*

Estland Regierungschef Ratas geht

Tallinn. Estlands Ministerpräsident Jüri Ratas hat nach Korruptionsvorwürfen gegen seine Partei seinen Rücktritt angekündigt. Die Justizbehörden des Landes hatten zuvor Ermittlungen eingeleitet. Hintergrund ist ein Darlehen in Höhe von knapp 40 Millionen Euro für ein Immobilienprojekt in Tallinn. Der Entscheidung sollen unerlaubte Absprachen vorausgegangen sein. Unter den Verdächtigen ist der Generalsekretär von Ratas' Zentrumspartei. *dpa*